

Paul Krugman:
**Der Mythos vom globalen
 Wirtschaftskrieg. Eine Abrech-
 nung mit den Pop-Ökonomen.**
 Aus dem Amerikanischen von
 Herbert Allgeier,
 Campus Verlag Frankfurt/M.-New
 York 1999, 239 S. (48 DM) (I)

Michael Zürn:
**Regieren jenseits des
 Nationalstaates. Globalisierung
 und Denationalisierung als
 Chance. (Edition Zweite Moderne
 Hrsg. von Ulrich Beck),
 Suhrkamp Verlag Frankfurt/M.
 1998, 395 S. (34 DM) (II)**

Die Globalisierung sei das Ende nationalstaatlicher Politik und damit ein Politikwechsel eingeleitet. Eine eigenständige Gestaltung von Wirtschafts- und Sozialpolitik im Kampf der unterschiedlichen Standorte gegeneinander sei nunmehr unmöglich. Nicht mehr nur bürgerliche Regierungen schwören auf »freiheitliches« Gestalten der sozialen Beziehungen in ihren Ländern angesichts der »Zwänge der Weltmärkte«, auch sozialdemokratische (so Blairs New Labour oder Schröders rosa-grüne Koalition) kapitulieren vor diesen vermeintlich äußeren Kräften. Politikansätze, die sich dem in den Weg stellen, werden marginalisiert und diskreditiert. Politiker (jüngst Oskar Lafontaine), die punktuell vorsichtig Gegenkonzepte angehen wollen, werden als Dilettanten, als Kämpfer wider den wirtschafts- und politikwissenschaftlichen Mainstream verschrien und verdrängt. Gerade deshalb sind die hier zu besprechenden Bücher wichtig. Sie verweisen auf Grenzen und Widersprüche der Globalisierungs-These und mögliche Alternativ-Analysen.

Besonders nachdrücklich und als einer der wenigen der Ökonomenzunft betreibt das der US-Amerikaner Paul Krugman. Sein Hauptangriffspunkt ist die These vom globalen Wirtschaftskrieg, der heute an Stelle der militärischen Kampfes um die Vorherrschaft nun

den wirtschaftlichen rückt. Strikt wendet er sich gegen die zwar eingängige, aber falsche These von den Staaten, die als Unternehmen handeln und gegeneinander agieren. Deutschland AG oder Japan Inc. sind zwar verbreitete Schlagworte, entsprechen aber nicht den Realitäten. Überhaupt neigten viele der heutigen Ökonomen (er wertet sie als Pop-Ökonomen ab) und ihre Nachbeter zu einem Populismus, der Klischees bediene, nicht aber harte Fakten berücksichtige. Leider fragt er zumindest in der hier mit erstaunlicher Verspätung übersetzten Aufsatzsammlung aus der ersten Hälfte der neunziger Jahre (in den USA 1996 erschienen) nicht nach möglichen Interessenlagen für solch vereinseitigende Sicht und die von ihm immer wieder angemahnten Konsequenzen. Er weiß, »wer nur in Kategorien der Wettbewerbsfähigkeit denkt, macht – direkt oder indirekt – wirtschaftspolitische Fehler, die sich in vielen Bereichen auswirken.« (I/S. 23) Der Druck auf die Löhne in den westlichen Metropolen, der Kampf gegen die Sozialpolitik als Kostenfaktor, das Diktat außenwirtschaftlicher Konditionen und damit die Einmischung in die inneren Angelegenheiten insbesondere der Länder der 3. (und ja wohl auch 2.) Welt sind ja wohl nicht nur dem Wunsch nach hohen Verkaufszahlen für die Bücher dieser Pop-Ökonomen geschuldet. Jedenfalls ist daraus mittlerweile eine Glaubenssache geworden, Ideologie.

Immer wieder betont er, daß »die Vorstellung, dass das wirtschaftliche Geschick eines Landes von seinem Erfolg auf den Weltmärkten abhängt, ... schlicht falsch (ist) und praktisch-empirisch durch nichts belegt. Es stimmt einfach nicht, dass die führenden Nationen der Welt in nennenswerter Weise in einem wirtschaftlichen Wettbewerb stehen oder dass auch nur eines ihrer zentralen Probleme mit fehlender Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten zu tun hat.« (I/S. 22f.) Das läge daran, daß die Interdependenzen der Wirtschaftsmächte und -blöcke untereinander weit geringer seien, als behauptet. Die Masse des Austausches vollzieht sich immer noch innerhalb der USA bzw. der EU, nicht zwischen ihnen.

Für ihn sind Stärke oder Schwäche nationaler Volkswirtschaften letztlich von der Produktivität abhängig, die längerfristig auch die Löhne nach oben bringe und gleichzeitig die

Nachfrage und damit den Markt vergrößere. Insofern ist für Krisen nationale Politik verantwortlich, die sich nicht mit den internationalen Einflüssen herausreden könne. »Es gilt zu begreifen, dass eine hohe Produktivität nicht deshalb wichtig ist, weil sie den Wettbewerb mit anderen Ländern erleichtert, sondern weil sie eine höhere Produktion und folglich mehr Konsum ermöglicht.« (I/S. 140) Für Deutschland sei zudem eine »institutionelle Sklerose« für das Fehlen neuer Arbeitsplätze verantwortlich. Im Unterschied zu Unternehmen führt eine falsche, erfolglose Wirtschaftspolitik Staaten jedoch nicht in den Konkurs. Wobei Krugman die politischen und sozialen Turbulenzen allerdings außen vor läßt.

Michael Zürn, ein Bremer Politikwissenschaftler, bietet mit seiner politik- und demokratietheoretischen Untersuchung ebenfalls Material für ein kritisches Hinterfragen der Globalisierungs-These. Er geht davon aus, und belegt dies an Kriterien, daß es sich tatsächlich um einen weit weniger globalen Denationalisierungsprozeß handelt. Er definiert »gesellschaftliche Denationalisierung ... als die Verschiebung der Grenzen von verdichteten sozialen Handlungszusammenhängen über die Grenzen von nationalen Gesellschaften hinaus, ohne gleich global sein zu müssen« (II/S. 73)

Eine Blick enthüllt, daß es sich um ein Problem der OECD-Staaten¹ und genauer der G7-Staaten² handelt, wobei Deutschland, Großbritannien und Frankreich besonders, dagegen die USA und Kanada nur durchschnittlich, schließlich Italien und Japan deutlich geringer und langsamer betroffen seien (II/S. 93). In diesem Sinne sind – obwohl kaum thematisiert – alle anderen Staaten der bisherigen 2. und 3. Welt eher Objekte, vielleicht Opfer und nur selten Nutznießer dieser Prozesse.

Zürn unternimmt nun den Versuch, Felder des bisherigen nationalstaatlichen Regierens zu untersuchen. Dieses sei auf die äußere und innere Sicherheit im weitesten Sinne, das Entwickeln einer kollektiven Identität, das Sichern der Legitimität von Entscheidungen und darauf gerichtet, daß »das wirtschaftliche Wachstum so befördert wird und die sozialen Ungleichheiten so eingeschränkt werden, dass ein breiter materieller Wohlstand erreicht wird« (II/S. 41). Grundsätzlich hält er es für

möglich, daß auch in übernationalen Zusammenhängen in genau diesen Feldern erfolgreich Politik möglich ist.

Eine Kernaussage ist, daß es keinen Ausweg durch eine Fragmentierung, durch ein Abschotten der jeweiligen Nationalstaaten gegen die internationalen Entwicklungen (etwa durch Protektionismus) geben könne. Auch wenn dies wortreich und mit sorgenvoller Miene hinsichtlich möglicher seltsamer Koalitionen von Rot-Braun-Grün beschworen und bedenklich auf die Erfahrungen der SP/KP-Regierung in Frankreich 1980/81 verwiesen wird, so bleibt diese Frage – ähnlich wie auch bei Krugmans Plädoyer für den Freihandel – etwas offen. Selbst wenn eine Kraft, die im Unterschied zu bürgerlichen oder sozialdemokratischen Kräften nicht bereit ist, sich mit dem Globalisierungsdruck abzufinden, doch in dem Kräfteverhältnis fügen sollte, bleibt ein dumpfer und nicht erfolgreicher Widerstand von unten. Der nun wieder kann von rechtspopulistischen Kräften (z.B. Haider) leicht instrumentalisiert und geschürt werden. Die Preisgabe des Nationalstaates und seiner Gestaltungsmöglichkeiten – die Krugman doch recht hoch bewertet – auf dem Altar einer imaginären Weltregierung könnte wieder einmal den Rechten Tür und Tor öffnen.

Wenig denkt Zürn – außer in sehr allgemeinem Kontext, wie auf ähnlicher Abstraktionsebene für Greenpeace und Amnesty International abgehandelt – über die Rolle multi- oder transnationaler Konzerne nach. Überhaupt ist der Glaube an demokratische Mechanismen im Sinne einer liberalen, parlamentarisch verfaßten Demokratie mit ihren Aushandlungsmechanismen bewundernswürdig. Soziale Bewegungen, Klassenkämpfe o.ä. spielen keine Rolle. Soziale Gerechtigkeit wird gelegentlich durchaus als Ziel sozialstaatlicher und Wohlfahrtspolitik postuliert, bleibt aber nebulös. Die Hoffnung auf eine Welt, in der die Reichen und die weniger Reichen (allerdings nur in den OECD-Ländern) es sich mit ein wenig Einsicht und Verständnis gut gehen lassen, bleibt bestehen. Kapitalismuskritik, so unmodern sie ist, täte da doch gut?!

Der Bezug auf Polanyis »große Transformation« in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als vergleichbarem Prozeß zu dem heutigen ist bedenkenswert. Nur kommen hier

die Alternativen New Deal, NS-«Wohlfahrtsstaat» und sowjetisches Modell etwas zu kurz. Genauso wird für Gegenwart und Zukunft etwas leichtfertig über globale Konflikte auch gewaltsamer Art hinweggegangen, nur weil außerhalb der OECD-Welt »Chaosregierungen« keine echte Bedrohung für den Westen sein würden. Damit kontrastiert seine Angst vor Terror und Organisierter Kriminalität.

Ausweg ist das Projekt eines »komplexen Weltregierens« als »positiver Utopie« (II/S. 28). Was Zürn allerdings anbietet, sind eher auf die Bundesrepublik und vielleicht die EU anwendbare – und hier durchaus interessante – begrenzte Lösungsvorschläge. Das sind national: eine autonome einkommens- oder mehrwertsteuergestützte Sozialpolitik; staatlich gestützter Niedriglohnsektor; Arbeitnehmerkapitalbeteiligungen; bessere Bildung sowie Forschungs- und Technologiepolitik; Mindesteinkommen für informelle Arbeit; im OECD-Bereich: abgestimmte Ökosteuern; Rahmenvorgaben für nationale Steuergesetzgebung; Einführung der Tobin-Tax; im internationalen Rahmen: Begleitung nationalstaatlicher Verhandlungsdelegationen durch eine nicht rede- und stimmberechtigte Gruppe der nationalen Öffentlichkeit; nationale Vertreter des EU-Ministerrates sind national zu wählen; europaweite Referenden für folgeträchtige Entscheidungen; Wahlen zum Europaparlament mit europaweiten Listen; stärkere Berücksichtigung von Interessengruppen bei transnationalen Entscheidungen; NGO's, Interessengruppen und Wissensgemeinschaften mit semi-öffentlichem Status und damit Finanzierung durch die EU-Kommission; in kleineren Einheiten bis 2 Millionen Einwohnern mehr direktdemokratische Entscheidungen bei entsprechendem Spielraum (II/S. 336-361).

All diese Vorschläge sind diskutabel, gut gemeint, nur, sie lösen die Probleme der Gegenwart nicht, erst recht nicht den Wunsch nach komplexem Weltregieren.

STEFAN BOLLINGER

1 Also Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Mexiko, Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Südkorea, Tschechien, Türkei, Ungarn, USA.

2 Deutschland, Frankreich, Großbritannien, USA, Kanada, Italien, Japan

Eckart Mehls: Unzumutbar.
Ein Leben in der DDR,
GNN Verlag Berlin 1998,
366 S. (29,80 DM)

Autobiographische und biographische Veröffentlichungen von und über »Funktions-träger« der untergegangenen DDR gehören mittlerweile zu einer umfänglichen Literaturkategorie. Indes traten dem Leser bislang meistens Vertreter der Führungsriege von Partei und Staat als Berichterstatter gegenüber bzw. fanden sie ihre – manchmal auch eilfertigen – Biographen. Das vorliegende Buch ist in mehrfacher anderer Hinsicht bemerkens- und empfehlenswert. Eckart Mehls, Jahrgang 1935, gehört zu einer Generation, die in den gesellschaftlichen Umgestaltungen im Osten Deutschlands nach 1945 die historische Chance erblickte und die ihr persönliches Leben mit dem Entstehen und Werden der DDR bewußt und tätig verband. Leser, die mit dem Autor Generationszugehörigkeit und politische Position teilen, finden sich in diesem nachdenklichen, ehrlichen Lebensbericht unschwer wieder. Persönliches und Gesellschaftliches ist in ihm zu einer Einheit verwoben, Stolz auf Errungenes, Trauer und auch Scham über Versagen und über die schließliche Niederlage stehen nebeneinander. Freilich ist dies keine leichte Lektüre. Die quälende Suche nach den Ursachen für das Mißlingen des alternativen Gesellschaftsversuches, hier von einem marxistischen Wissenschaftler unternommen, der es weder an Tiefgründigkeit noch an kritischer Selbstbefragung fehlen läßt und der diese Suche immer wieder unter anderem Gesichtspunkt vorantreibt, erfordert die ungebrochene Aufmerksamkeit des Lesers. Der Wert dieses Buches resultiert m. E. zudem auch daraus, daß sich hier ein Mann öffnet, der nicht zur Führungsriege auf irgendeiner Ebene der vergangenen DDR gehörte, jedoch aus fast zwei Jahrzehnten Tätigkeit als Auslandsreferent bzw. Direktor für internationale Beziehungen der Humboldt – Universität zu Berlin, aus etwa einem Jahrzehnt Wirken als Hochschullehrer auf dem Gebiet der Geschichte Osteuropas sowie aus mehrjähriger Funktion des Sekretärs der Grundorganisation Geschichte der HUB

überaus interessante Einblicke in Bereiche des DDR-Lebens bietet und brisantes Material darüber unterbreitet, was bislang noch weitgehend außerhalb des Gesichtsfeldes von Memoirenschreibern geblieben ist. Sein Mitwirken beispielsweise bei der allmählichen »Internationalisierung« der bedeutendsten Universität der DDR, beim Aufbau und der Ausgestaltung ihrer Wissenschaftsbeziehungen, namentlich auch zu den sozialistischen Ländern, vermittelt nicht nur viel Detailkenntnisse über das wissenschaftliche Leben und politische Klima in dieser Einrichtung, sondern – da stets mit dem Hinterfragen der eigenen Position, des eigenen Handlungsspielraums und der Wirkungsmöglichkeiten, mit dem aufrichtigen Bekenntnis zu Leistungen und Fehlleistungen, Irrtümern und ausgesprochenem Versagen verbunden (was zuweilen geradezu unter die Haut geht, so z. B. die Überlegungen über das ambivalente Verhältnis zu Geist und Macht am Beispiel der »Reiseordnung« für DDR-Wissenschaftler, die außenpolitische Interessen über wissenschaftliche Belange stellte) – auch hinlänglich Stoff zum Nachvollzug bestimmter Vorgänge, die letztlich zum Scheitern der realsozialistischen Wissenschaftspolitik beitrugen. E. M. hat seine Erinnerungen unter ausgiebiger Verwendung eigener zeitgenössischer, ihm in großer Fülle zur Verfügung stehender Aufzeichnungen niedergeschrieben. Dies verleiht seinem Bericht eine hohe Authentizität, was besonders augenfällig wird, wenn sich der Autor an wichtigen Schnittstellen seines und der DDR Lebensweges selbst zitieren kann und den Leser seine Überlegungen und Erkenntnisse gleichsam im Rückspiegel wiederholen läßt (genannt seien hier u. a. die Notizen vom 7. Oktober 1989, angefertigt während eines Archivaufenthalts in Prag). Dem Leser tritt so ein überaus nachdenklicher politischer Wissenschaftler entgegen, der frühzeitig Fehlentwicklungen in Partei und Staat vermerkt, aufmerksam und gründlich vergleichbare Erscheinungen und Reformversuche in anderen sozialistischen Ländern registriert und daran immer wieder Fragen nach möglichen Veränderungen, den dafür notwendigen Kräften im eigenen überschaubaren Wirkungskreis und in der DDR festmacht, ohne sich von diesem Staate fortzubewegen oder sich etwa im nach-

hinein mit der Aura eines Oppositionellen- oder Widerstandskämpfers umgeben zu wollen. Unumwunden und ehrlich schreibt E. M., daß er trotz mancher Enttäuschung und bitterer Erkenntnis beispielsweise über die früh beobachtete Dialogunfähigkeit der SED-Führung bis in die achtziger Jahre an eine reformierbare DDR glaubt. Erst die reservierte Haltung der Parteiführung zu Veränderungen in anderen »Bruderländern« sowie vor allem zur Gorbatschow – Perestrojka (deren Defizite er durchaus kritisch anmerkt) ließen ihn diese Hoffnung und Vorstellung endgültig aufgeben.

E. M. beläßt es nicht bei Beobachtungen und Wertungen von Ereignissen und Erscheinungen im realsozialistischen Alltag der DDR und namentlich auch in den Ländern, deren Geschichte und Gegenwart er sich als Forscher und Hochschullehrer mit einer fast verbissenen Beharrlichkeit und Gründlichkeit zuwandte (Polen, CSSR). Vielmehr sucht er genauso beharrlich nach eigenen Erklärungen für sichtbar werdende Gebrechen der sozialistischen Gesellschaftsalternative und nach Gründen für eigenes Versagen. Seine Antworten, die keineswegs eindimensional sind, überzeugen. So z. B. seine Überlegungen über eine nahezu »gläubige« Parteidisziplin, der er sich selbst bewußt unterwarf, oder über die sich herausbildende und rasant vertiefende Kluft zwischen Führungsmannschaft der SED und den Mitglieder Massen, die der Autor geradezu schmerzlich empfindet und zurecht als eine wesentliche Ursache für die Handlungsunfähigkeit der Partei in den stürmischen Herbsttagen 1989 ausmacht. Beinahe nüchtern, doch nicht wenig beeindruckend skizziert E. M. die Ereignisse und Akteure des »Elitenaustausches« im Gefolge der Einvernahme der DDR in die BRD an der Humboldt – Universität, insbesondere am Institut für Geschichtswissenschaften, einen Vorgang, der in seiner politischen Motiviertheit und seinem praktischen Vollzug in der Wissenschaftsgeschichte wohl einmalig sein dürfte. Wie für so viele andere auch, bedeutete er für den Professor für neuere Geschichte Osteuropas Eckart Mehls die berufliche Ausgrenzung, da er für die neuen Machthaber »unzumutbar« schien.

SONJA STRIEGNITZ